

*Dipl.-Volkswirtin Renate Schulze-Steikow, Dipl.-Ökonom Christian Meißner,
Dipl.-Volkswirt Wolfgang Müller*

Öffentliche Finanzen im ersten Halbjahr 2009

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte stiegen im ersten Halbjahr 2009 um 8,1 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2008, während die Einnahmen mit einem Minus von 1,7 % rückläufig waren. Dadurch erreichten die öffentlichen Haushalte ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit (in Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen) von 57,2 Mrd. Euro; dies war um 50,2 Mrd. Euro höher als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Die Kreditmarktschulden erreichten zum Ende des ersten Halbjahres 2009 den Stand von 1 602,0 Mrd. Euro.

In den vorgenannten Eckwerten der öffentlichen Finanzen spiegeln sich die wirtschaftliche Entwicklung sowie die staatlichen Maßnahmen zur Bewältigung der Finanzmarktkrise wider. Die Leistung der deutschen Wirtschaft gemessen am preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt war im ersten Vierteljahr 2009 um 6,4 % und im zweiten Quartal 2009 um 7,1 % niedriger als im jeweils entsprechenden Quartal des Vorjahres. Die konjunkturelle Abschwächung sowie Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung führten zu rückläufigen Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben um insgesamt 2,1 %, bei Ländern (-6,0 %) und Kommunen (-9,0 %) fielen diese Einnahmenrückgänge besonders stark aus. Auf der Ausgaben-seite schlugen sich unter anderem die ausgabenwirksamen Maßnahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturpakete I und II nieder. Im Berichtszeitraum wurde mit dem Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland vom 2. März 2009 (BGBl. I S. 416) das im Februar 2009 verabschiedete Konjunkturpaket II umgesetzt. Wesentlicher Bestandteil ist das Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“. Mit dem Sondervermögen werden konjunkturstützende Maßnahmen finanziert, die im Juni

2009 auf ein Volumen von 20,4 Mrd. Euro aufgestockt wurden. Finanzstatistisch wird der Investitions- und Tilgungsfonds als Extrahaushalt des Bundes nachgewiesen.

Im vorliegenden Bericht über die öffentlichen Finanzen im ersten Halbjahr 2009 werden zunächst einige wichtige methodische Grundlagen der vierteljährlichen Kassenstatistik der öffentlichen Haushalte erläutert. Daran schließt sich ein zusammenfassender Überblick über die Entwicklung der Finanzen des öffentlichen Gesamthaushalts im Berichtszeitraum an. Es folgt eine detaillierte Kommentierung der Entwicklung bei den Ausgaben, den Einnahmen und beim Schuldenstand der einzelnen Körperschaftsgruppen.

Methodische Vorbemerkung

Die Kassenstatistik erfasst bei den öffentlichen Haushalten vierteljährlich für das abgelaufene Quartal die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen in der Gliederung nach Ausgabe- und Einnahmearten, die Bauausgaben nach Aufgabenbereichen und den Schuldenstand am Ende eines jeden Vierteljahres nach Schuldarten. Die Kassenstatistik gibt damit regelmäßig einen sehr aktuellen und umfassenden Überblick über die Entwicklung aller öffentlichen Finanzen (Öffentlicher Gesamthaushalt). Die Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen werden entsprechend der Gliederung der geltenden Haushaltssystematiken von Bund und Ländern sowie Gemeinden und Gemeindeverbänden statistisch erfasst. Die Zahlungen zwischen den einzelnen öffentlichen Haushalten werden bei der Zusammenfassung zu einer Darstellungsebene finanzstatistisch bereinigt (Konsolidierung). Der Finanzierungssaldo wird berechnet, indem die bereinigten Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen saldiert und die haushaltstechnischen

Verrechnungen zur Vermeidung von Doppelzählungen berücksichtigt werden. Der so ermittelte Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte in Abgrenzung der Finanzstatistik weicht aufgrund methodischer Unterschiede von dem in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen berechneten Finanzierungssaldo des Staates ab.¹⁾

Die Belastung der öffentlichen Haushalte künftiger Haushaltsjahre aus aufgenommenen Fremdmitteln ergibt sich aus dem Nachweis des Standes der Kreditmarktschulden.

Zu den *öffentlichen Haushalten* zählen der Kernhaushalt des Bundes einschließlich der Extrahaushalte, die Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile), die Kernhaushalte der Länder einschließlich der Extrahaushalte, die Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die gesetzliche Sozialversicherung (gesetzliche Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung, Alterssicherung für Landwirte sowie die Bundesagentur für Arbeit) einschließlich der Extrahaushalte.

Bei den *Kernhaushalten* handelt es sich um die von den Parlamenten verabschiedeten Haushalte der Gebietskörperschaften Bund, Länder und Gemeinden sowie Gemeindeverbände.

Fortschreitende Ausgliederungen aus den Kernhaushalten und die zunehmende Übertragung von öffentlichen Aufgaben auf Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen haben den Vergleich der öffentlichen Finanzen, insbesondere der Länder untereinander, zunehmend beeinträchtigt. Um die Vergleichbarkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen sind daher neben den öffentlichen Kernhaushalten auch die Finanzen der öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen zu berücksichtigen. Gemäß dem Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG) zählen hierzu Fonds, Einrichtungen und Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung der öffentlichen Hand, wenn sie in selbstständiger oder unselbstständiger Form mit eigenem Rechnungswesen – kameral oder kaufmännisch – geführt werden. In der vierteljährlichen Kassenstatistik werden seit dem Berichtsjahr 2007 quantitativ bedeutsame öffentliche Einrichtungen einbezogen, die nach den Kriterien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 dem Sektor Staat zuzurechnen sind. Sie werden als *Extrahaushalte* nachgewiesen.

Im ersten Halbjahr 2009 umfassten die Extrahaushalte des Bundes das Bundeseisenbahnvermögen, den Entschädigungsfonds, den Erblastentilgungsfonds, das ERP-Sondervermögen, die Versorgungsrücklage des Bundes, den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V., das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau, den Versorgungsfonds des Bundes, den Finanzmarktstabilisierungsfonds, den Investitions- und Tilgungsfonds sowie sonstige Extrahaushalte.

Zu den Extrahaushalten der Länder gehörten unter anderem die ausgegliederten Hochschulen mit eigenem Rechnungs-

wesen, aus den Kernhaushalten ausgegliederte Statistische Ämter der Länder und Landesbetriebe für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr sowie für Datenverarbeitung und Informationstechnik, die Sondervermögen Versorgungsrücklage sowie sonstige Extrahaushalte.

Bedeutendster Extrahaushalt der Sozialversicherung ist der Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit.

Auf der kommunalen Ebene können aus statistisch-methodischen Gründen vierteljährlich zurzeit ausschließlich die Einnahmen und Ausgaben der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände nachgewiesen werden.

Zur Datenqualität der vierteljährlichen Kassenergebnisse im ersten Halbjahr 2009 ist Folgendes anzumerken: Die Ausgaben und Einnahmen der gesetzlichen Unfallversicherung werden vierteljährlich geschätzt, da sie nur jährlich erhoben werden. Die Daten für die kommunalen öffentlichen Haushalte sind infolge der Einführung neuer doppischer Rechnungssysteme in einigen Ländern nur noch eingeschränkt aussagefähig. Durch fehlerhafte Nachweise doppisch buchender Kommunen und den vollständigen Ausfall von statistischen Meldungen treten zunehmend Schwierigkeiten bei den Vorjahresvergleichen der Ergebnisse der kommunalen Kassenstatistik auf. Daher sind die unterjährigen Ergebnisdarstellungen nur noch mit Einschränkungen zu verwenden. Die diesem Bericht zugrunde liegenden Kassenergebnisse für das erste Halbjahr 2009 sind endgültig.

Öffentlicher Gesamthaushalt

Tabelle 1 zeigt die Ausgaben, die Einnahmen und den Schuldenstand des öffentlichen Gesamthaushalts im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres. Danach stiegen die Ausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt um 8,1 % auf 555,0 Mrd. Euro. Die Ausgaben für das Personal im öffentlichen Dienst waren mit 104,4 Mrd. Euro um 5,1 % höher als im ersten Halbjahr 2008. Die Ausgaben für den laufenden Sachaufwand betrugen 129,2 Mrd. Euro und lagen damit um 6,3 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die Ausgaben für Sachinvestitionen stiegen um 6,1 % auf 13,6 Mrd. Euro. Dagegen waren im Berichtszeitraum die Zinsausgaben der öffentlichen Haushalte mit 33,8 Mrd. Euro um 6,6 % geringer als im ersten Halbjahr 2008. Die Ausgaben für Sozialleistungen, mit Schwerpunkt bei der Sozialversicherung, beliefen sich auf 186,7 Mrd. Euro (+ 3,6%). Kräftige Zuwächse waren im ersten Halbjahr 2009 bei den Ausgaben für Darlehensgewährungen (von 2,2 Mrd. auf 4,2 Mrd. Euro), vor allem bei den Ländern, und für den Beteiligungserwerb (von 1,6 Mrd. auf 23,2 Mrd. Euro) zu verzeichnen. Maßgeblich für den Anstieg der Ausgaben des Bundes für den Erwerb von Beteiligungen waren Ausgaben im Volumen von 13,7 Mrd. Euro durch den Extrahaushalt Finanzmarktstabilisierungsfonds. Bei den Ländern war der starke Anstieg dieser Ausgaben auf Kapitalzufüh-

¹⁾ Der Finanzierungssaldo des Staates wird auf der Grundlage von Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 berechnet und ist für das europäische Verfahren bei einem übermäßigen staatlichen Defizit (Maastricht-Vertrag) maßgeblich. Zu den methodischen Unterschieden im Einzelnen siehe Dietz, O.: „Finanzierungssaldo des Staates – einige methodische Anmerkungen“ in WiSta 4/2006, S. 339 ff.

Tabelle 1: Ausgaben, Einnahmen und Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts¹⁾

Ausgaben ^{2)/Einnahmen^{2)/} Schulden}	1. Hj 2009	1. Hj 2008	Verände- rung
	Mill. EUR		%
Ausgaben	555 020	513 540	+8,1
darunter:			
Personalausgaben	104 437	99 384	+5,1
Laufender Sachaufwand	129 152	121 523	+6,3
Zinsausgaben	33 800	36 171	-6,6
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	140 229	140 422	-0,1
Soziale u. ä. Leistungen	186 715	180 213	+3,6
Sachinvestitionen	13 638	12 857	+6,1
Baumaßnahmen	9 226	9 465	-2,5
Erwerb von Sachvermögen ⁴⁾ ..	4 412	3 392	+30,1
Darlehensgewährungen	4 232	2 158	+96,1
Erwerb von Beteiligungen	23 238	1 553	+1396,3
Einnahmen	497 823	506 605	-1,7
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	444 611	454 137	-2,1
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	12 778	11 276	+13,3
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	131 376	131 706	-0,3
Gebühren u. ä. Entgelte	15 370	13 912	+10,5
Veräußerung von Beteiligungen ..	1 929	2 606	-26,0
Finanzierungssaldo ⁵⁾	-57 157	-6 920	X
Nettokreditaufnahme/-tilgung	64 445	-19 201	X
Schuldenaufnahme	236 353	139 927	+68,9
Schuldentilgung	171 908	159 128	+8,0
Stand der Schulden am 30. Juni			
Kreditmarktschulden	1 601 972	1 494 468	+7,2
Kassenverstärkungskredite ⁶⁾	59 772	71 048	-15,9

1) Einschl. der Extrahaushalte des Bundes, der Sozialversicherung und der Länder. – 2) Bereinigte Ausgaben/Einnahmen. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. nicht aufteilbarer sonstiger Sachinvestitionen. – 5) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 6) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsgaps.

rungen des Freistaates Bayern an die Bayerische Landesbank zurückzuführen.

Im ersten Halbjahr 2009 lagen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte mit 497,8 Mrd. Euro um 1,7% unter dem Niveau des Vorjahres. Zum Rückgang auf der Einnahmenseite trugen wesentlich um 2,1% auf 444,6 Mrd. Euro gesunkene Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben bei. Dagegen wies die Entwicklung der Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (+ 13,3% auf 12,8 Mrd. Euro) und die der Einnahmen aus Gebühren (+ 10,5% auf 15,4 Mrd. Euro) ein positives Vorzeichen auf. Deutlich niedriger waren dagegen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus Beteiligungsveräußerungen (- 26,0% auf 1,9 Mrd. Euro). Ursache hierfür waren die stark rückläufigen Einnahmen aus Beteiligungsveräußerungen der Länder (- 91,7%).

Steigende Ausgaben und sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte führten im ersten Halbjahr 2009 zu einem Anstieg des kassenmäßigen Finanzierungsdefizits auf 57,2 Mrd. Euro. Im ersten Halbjahr 2008 hatte das Finanzierungsdefizit den Betrag von 6,9 Mrd. Euro erreicht. Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 50,2 Mrd. Euro. Bund und Länder wiesen die stärksten Defizitzuwächse auf: Das Finanzierungsdefizit des Bundes stieg kräftig um 17,1 Mrd. auf insgesamt 28,7 Mrd. Euro – hiervon

waren 14,5 Mrd. Euro auf die Extrahaushalte Finanzmarktstabilisierungsfonds und Investitions- und Tilgungsfonds zurückzuführen. Der Finanzierungssaldo der Länder wurde, vor allem in den Flächenländern des früheren Bundesgebietes, deutlich negativ. Hatten die Länder im ersten Halbjahr des Vorjahres noch einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 3,8 Mrd. Euro erzielt, belief sich das Finanzierungsdefizit im ersten Halbjahr 2009 auf 15,1 Mrd. Euro, das war eine Differenz von 18,9 Mrd. Euro. Die Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen im ersten Halbjahr 2009 ein Finanzierungsdefizit von 4,2 Mrd. Euro aus – ebenfalls nach einem Überschuss im ersten Halbjahr 2008 (2,9 Mrd. Euro). Das Finanzierungsdefizit der Sozialversicherung erhöhte sich vor allem aufgrund des hohen Defizits bei der Bundesagentur für Arbeit um 7,1 Mrd. auf 9,2 Mrd. Euro.

Die Nettokreditaufnahme zur Finanzierung des Defizits der öffentlichen Haushalte erreichte im ersten Halbjahr 2009 den Betrag von 64,4 Mrd. Euro. Im ersten Halbjahr 2008 hatten die Haushalte der Gebietskörperschaften dagegen noch mehr Schulden getilgt als neu aufgenommen, sodass sie eine Nettokredittilgung von 19,2 Mrd. Euro erzielt hatten.

Die Kreditmarktschulden der öffentlichen Haushalte erreichten zum Ende des ersten Halbjahres 2009 den Stand von 1 602,0 Mrd. Euro. Gegenüber dem Stand zum 31. Dezember 2008 stieg die Verschuldung der Gebietskörperschaften um 5,7%. Der Stand der Kassenverstärkungskredite ging dagegen zum Ende des ersten Halbjahres 2009 um 3,5% auf 59,8 Mrd. Euro zurück. Nur die Gemeinden und Gemeindeverbände wiesen zum Ende des Berichtszeitraums einen höheren Bestand an Kassenverstärkungskrediten auf als am 31. Dezember 2008.

Bund

Die Ausgaben des Bundes summierten sich im ersten Halbjahr 2009 auf 169,6 Mrd. Euro. Insgesamt lagen die Ausgaben somit um 10,7% über denen des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (siehe Tabelle 2). Der kräftige Ausgabenanstieg resultierte insbesondere aus dem im Jahr 2008 im Zuge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise errichteten Finanzmarktstabilisierungsfonds sowie dem Investitions- und Tilgungsfonds als wesentlichem Bestandteil des im Februar 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II. Beide Sondervermögen werden statistisch als Extrahaushalte des Bundes nachgewiesen. Die Ausgaben des Kernhaushalts des Bundes lagen im ersten Halbjahr 2009 mit 151,7 Mrd. Euro (+0,5%) nur leicht über den Ausgaben des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

An den Ausgaben des Bundes insgesamt hatten die Personalausgaben einen Anteil von 12,6%. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 sind sie um 7,2% auf 21,3 Mrd. Euro gestiegen. Mit einer Steigerung um 16,6% belief sich der laufende Sachaufwand im ersten Halbjahr 2009 auf 9,6 Mrd. Euro. Hierzu zählen unter anderem Ausgaben für militärische Beschaffungen und Anlagen, die deutlich um 10,6% auf 4,4 Mrd. Euro erhöht wurden.

Tabelle 2: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der staatlichen Haushalte¹⁾

Ausgaben ²⁾ /Einnahmen ²⁾ / Schulden	Bund			Sozialversicherung			EU-Anteile			Länder		
	1. Hj 2009	1. Hj 2008	Verände- rung	1. Hj 2009	1. Hj 2008	Verände- rung	1. Hj 2009	1. Hj 2008	Verände- rung	1. Hj 2009	1. Hj 2008	Verände- rung
	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%	Mill. EUR		%
Ausgaben	169 645	153 278	+10,7	248 021	236 913	+4,7	8 984	12 473	-28,0	147 591	135 115	+9,2
darunter:												
Personalausgaben	21 334	19 897	+7,2	8 009	7 511	+6,6	-	-	-	54 441	52 529	+3,6
Laufender Sachaufwand	9 590	8 223	+16,6	88 315	83 772	+5,4	-	-	-	13 977	13 063	+7,0
Zinsausgaben	18 886	20 640	-8,5	186	186	±0	-	-	-	12 698	13 032	-2,6
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ³⁾	73 964	74 473	-0,7	6 949	9 659	-28,1	-	-	-	38 413	36 767	+4,5
Soziale u. ä. Leistungen	15 081	15 229	-1,0	147 349	141 727	+4,0	-	-	-	4 689	4 129	+13,6
Sachinvestitionen	2 696	2 474	+9,0	279	184	+51,6	-	-	-	2 858	2 208	+29,4
Baumaßnahmen	2 017	1 972	+2,3	51	60	-15,0	-	-	-	1 471	1 508	-2,5
Erwerb von Sachvermögen ⁴⁾ ...	679	502	+35,3	227	125	+81,6	-	-	-	1 387	700	+98,1
Darlehensgewährungen	1 083	1 163	-6,9	3	10	-70,0	-	-	-	2 778	798	+248,1
Erwerb von Beteiligungen	14 498	620	X	43	34	+26,5	-	-	-	7 199	539	X
Einnahmen	140 900	141 681	-0,6	238 838	234 895	+1,7	8 984	12 473	-28,0	132 536	138 930	-4,6
darunter:												
Steuern und steuerähnliche Abgaben	119 792	121 859	-1,7	189 805	184 591	+2,8	9 493	13 047	-27,2	97 977	104 270	-6,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	6 766	4 880	+38,6	13	13	±0	-	-	-	2 458	2 653	-7,4
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ³⁾	9 258	9 142	+1,3	51 912	55 302	-6,1	-	-	-	25 527	24 755	+3,1
Gebühren u. ä. Entgelte	3 609	2 700	+33,7	27	22	+22,7	-	-	-	4 178	3 571	+17,0
Veräußerung von Beteiligungen ..	1 558	1 525	+2,2	1	0	+100,0	-	-	-	67	809	-91,7
Finanzierungssaldo ⁵⁾	-28 714	-11 566	X	-9 174	-2 046	X	-	-	-	-15 055	3 826	X
Nettokreditaufnahme/-tilgung	64 055	-5 070	X	-	-	-	-	-	-	1 613	-12 347	X
Schuldenaufnahme	184 761	107 276	+72,2	-	-	-	-	-	-	48 756	30 066	+62,2
Schuldentilgung	120 706	112 346	+7,4	-	-	-	-	-	-	47 143	42 413	+11,2
Stand der Schulden am 30. Juni												
Kreditmarktschulden	1 028 528	938 288	+9,6	-	-	-	-	-	-	498 649	478 741	+4,2
Kassenverstärkungskredite ⁶⁾	24 754	37 712	-34,4	-	-	-	-	-	-	2 380	4 314	-44,8

1) Einschl. der Extrahaushalte des Bundes, der Sozialversicherung und der Länder. – 2) Bereinigte Ausgaben/Einnahmen. – 3) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 4) Einschl. nicht aufteilbarer sonstiger Sachinvestitionen. – 5) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 6) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätssengpässe.

Die Zinsausgaben des Bundes, die unter anderem von der Zunahme der Bundesschulden durch die jährliche Nettokreditaufnahme und vom Zinsniveau abhängig sind, beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 18,9 Mrd. Euro (-8,5%). Ihr Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes betrug 11,1%.

Die laufenden Zuweisungen des Bundes (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich waren im ersten Halbjahr 2009 leicht rückläufig. Mit 74,0 Mrd. Euro lagen sie um 0,7% unter dem Wert im ersten Halbjahr 2008. In gesonderter Betrachtung stand dem Rückgang der Schuldendiensthilfen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 0,8 Mrd. auf nur noch 0,1 Mrd. Euro eine Erhöhung der Zuweisungen um 0,3 Mrd. auf 73,9 Mrd. Euro (+0,4%) gegenüber. Die hierunter fallenden Zuweisungen an die Sozialversicherungsträger nahmen um 1,7% auf 54,1 Mrd. Euro ab. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass sich aufgrund der Verlagerung der Fälligkeit für die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung eine „Entlastung“ des Bundeshaushalts im Berichtszeitraum in Höhe von rund 3,9 Mrd. Euro ergab.²⁾ Rückläufig waren die Zahlungen des Bundes im Rahmen des Länderfinanzausgleichs, und zwar um 5,0% auf 7,0 Mrd. Euro. Die Erstattungen des Bundes an die Kommunen für deren Hilfen an die Empfänger von Arbeitslosengeld II für Unterkunft und Heizung sind von

2,0 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2008 auf 1,7 Mrd. Euro im Berichtshalbjahr (-12,1%) zurückgegangen. Mehr als kompensiert wurden diese Ausgabenrückgänge durch die höheren Erstattungen des Bundes für Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens. Maßgebend waren hier die Erlöse aus der Privatisierung des Geschäftsanteils des Bundeseisenbahnvermögens an der Vivico Real Estate GmbH, die im Vorjahreszeitraum zu einer Absenkung der Erstattungsleistungen des Bundes geführt hatten, wodurch sich im ersten Halbjahr 2009 insgesamt ein Anstieg der Zuweisungen an Sondervermögen um 31,8% auf 5,4 Mrd. Euro errechnete.

Die laufenden Zuschüsse (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den nicht öffentlichen Bereich (= sonstiger Bereich) beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 25,9 Mrd. Euro. Der leichte Anstieg um 1,1% ist unter anderem auf die um 18,7% auf 2,7 Mrd. Euro gestiegenen Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) zurückzuführen.

Das in Tabelle 2 unter „Soziale u. ä. Leistungen“ nachgewiesene Arbeitslosengeld II, das die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe zusammenfasst, machte mit 11,2 Mrd. Euro (+0,2%) den größten Teil der Grundsiche-

2) Bis zum Jahr 2008 wurde die Beteiligung des Bundes an den Kosten zur Arbeitsförderung gemäß § 363 Abs. 1 SGB III in gleichmäßigen monatlichen Raten an die Bundesagentur für Arbeit geleistet. Ab dem Jahr 2009 wurden die Zahlungsmodalitäten geändert; nun erfolgt in der Regel eine einmalige Zahlung erst zum Jahresende.

rung für Arbeitsuchende aus. Darüber hinaus setzt sich diese Grundsicherung aus der Verwaltungskostenerstattung an die Bundesagentur für Arbeit und die Kommunen sowie aus der oben genannten Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterkunft und Heizung zusammen. Insgesamt summierten sich die Ausgaben, die im Zusammenhang mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) getätigt wurden, im ersten Halbjahr 2009 auf 17,5 Mrd. Euro (+ 2,8 %). Darauf hinzuweisen ist, dass sich die Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise auf die Ausgaben für den Arbeitsmarkt, insbesondere aufgrund der im Rahmen des Konjunkturpakets II beschlossenen Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigung sowie zur Vermeidung von Entlassungen, vorwiegend im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit niederschlagen.³⁾

Die Ausgaben des Bundes für Sachinvestitionen stiegen im ersten Halbjahr 2009 um 9,0 % auf 2,7 Mrd. Euro. Die hierunter fallenden Ausgaben für Baumaßnahmen erhöhten sich um 2,3 % auf 2,0 Mrd. Euro, von denen etwa 72 % auf den Straßenbau entfielen. Der kräftige Anstieg der Ausgaben des Bundes für Vermögensübertragungen um 34,5 % auf 7,5 Mrd. Euro ist insbesondere auf den Mittelabfluss in Höhe von 1,2 Mrd. Euro aus dem Investitions- und Tilgungsfonds für das mit rund 5 Mrd. Euro dotierte Programm zur Stärkung der Pkw-Nachfrage zurückzuführen. Die Ausgaben für Darlehensgewährungen gingen um 6,9 % auf 1,1 Mrd. Euro zurück. Aufgrund der befristeten Beteiligungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds im Rahmen der Rekapitalisierung von Unternehmen des Finanzsektors stieg der Erwerb von Beteiligungen im ersten Halbjahr 2009 kräftig, von 0,6 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2008 auf 14,5 Mrd. Euro.

Die Einnahmen des Bundes blieben mit 140,9 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2009 hinter dem entsprechenden Vorjahreswert zurück (- 0,6 %). Auf den Kernhaushalt entfielen Einnahmen in Höhe von 137,1 Mrd. Euro (- 0,6 %).

Zurückzuführen war diese Entwicklung im Wesentlichen auf den Rückgang der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, in welchem sich die Folgen der konjunkturellen Abschwächung sowie der Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung widerspiegelten. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 sanken die Steuern, die rund 85 % der Gesamteinnahmen ausmachten, um 1,7 % auf 119,8 Mrd. Euro. Mit Ausnahme der reinen Bundessteuern⁴⁾, die im ersten Halbjahr 2009 mit 38,5 Mrd. Euro (+ 0,6 %) leicht über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes lagen, entwickelten sich vor allem die Einnahmen des Bundes aus den Gemeinschaftssteuern rückläufig. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer summierten sich mit 46,6 Mrd. Euro zur größten Einnahmenposition des Bundes; gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sanken sie im ersten Halbjahr 2009 leicht um 0,4 %. Ein deutlicher Rückgang war hingegen bei den Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu verzeichnen (- 12,2 % auf 38,1 Mrd. Euro).

Ausschlaggebend für den starken Anstieg der Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit um 38,6 % auf 6,8 Mrd. Euro

war der gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegene Gewinn der Deutschen Bundesbank von 6,3 Mrd. Euro, der gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz an den Bundeshaushalt abzuführen ist. Da die Tilgungsverpflichtungen des Erblastentilgungsfonds, für die der Bundesbankgewinn zu verwenden ist, weitgehend geleistet sind, stand der Jahresüberschuss dem Bundeshaushalt in diesem Jahr nahezu vollständig zur Verfügung.

Die laufenden Zuweisungen (einschließlich Schuldendiensthilfen) vom öffentlichen Bereich beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 9,3 Mrd. Euro. Damit lagen sie um 1,3 % über dem Wert des ersten Halbjahres 2008. Spiegelbildlich kam hier der auf der Ausgabenseite bereits erläuterte Basis-effekt der höheren Erstattungen des Bundes für Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens bei den Extrahaushalten des Bundes zum Tragen.

Die Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten sind im ersten Halbjahr 2009 ebenfalls sehr kräftig um 33,7 % auf 3,6 Mrd. Euro gestiegen. Zu diesem Anstieg trug im Kernhaushalt insbesondere die Entwicklung der Einnahmen aus der streckenbezogenen Lkw-Maut bei, die sich um 7,6 % auf 1,8 Mrd. Euro erhöhten. Die Einnahmen des Finanzmarktstabilisierungsfonds aus Gebühren und Entgelten aus der Inanspruchnahme von Garantien in Höhe von 0,3 Mrd. Euro sorgten unter anderem bei den Extrahaushalten zu einer Erhöhung. Leicht angestiegen sind die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen (+ 2,2 % auf 1,6 Mrd. Euro).

Als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben wies der Bund im ersten Halbjahr 2009 ein Finanzierungsdefizit (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) von 28,7 Mrd. Euro auf, nach einem Defizit von 11,6 Mrd. Euro im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Während der Bund im ersten Halbjahr 2008 noch 5,1 Mrd. Euro mehr Schulden tilgte, als er aufgenommen hatte, belief sich die Nettokreditaufnahme im ersten Halbjahr 2009 insgesamt auf 64,1 Mrd. Euro. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 stieg die Bruttoschuldenaufnahme erheblich (+ 72,2 %) und betrug 184,8 Mrd. Euro. Allein zur Deckung des Kreditbedarfes des Finanzmarktstabilisierungsfonds und des Investitions- und Tilgungsfonds wurden 50,8 Mrd. bzw. 1,1 Mrd. Euro am Kreditmarkt aufgenommen. Die Schuldentilgung des Bundes stieg um 7,4 % auf 120,7 Mrd. Euro. Von diesem Betrag entfielen 14,3 Mrd. Euro auf Tilgungen des Finanzmarktstabilisierungsfonds.

Zum 30. Juni 2009 beliefen sich die Kreditmarktschulden des Bundes auf 1 028,5 Mrd. Euro, rund 71,7 Mrd. Euro (+ 7,5 %) mehr als zum 31. Dezember 2008. Deutlich gesunken war hingegen das Volumen der Kassenverstärkungskredite zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe um 4,1 Mrd. auf 24,8 Mrd. Euro (- 14,3 %).

Sozialversicherung

Im ersten Halbjahr 2009 summierten sich die Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung auf insgesamt

³⁾ Siehe hierzu das Kapitel „Sozialversicherung“.

⁴⁾ Zu den Bundessteuern zählen die Tabaksteuer, die Versicherungssteuer, die Energiesteuer (früher Mineralölsteuer), die Branntweinsteuer, die Schaumweinsteuer, die Kaffeesteuer, die Stromsteuer sowie der Solidaritätszuschlag.

248,0 Mrd. Euro. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 entspricht dies einer Zunahme um 4,7%. Die Einnahmen stiegen um 1,7% auf 238,8 Mrd. Euro. Als Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergab sich für die gesetzliche Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2009 ein Finanzierungsdefizit (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) von 9,2 Mrd. Euro, es war um rund 7,1 Mrd. Euro höher als im ersten Halbjahr 2008.

Gesetzliche Krankenversicherung

Auf die gesetzliche Krankenversicherung entfiel etwa ein Drittel der Einnahmen und Ausgaben der gesetzlichen Sozialversicherung. Im ersten Halbjahr 2009 verzeichnete die gesetzliche Krankenversicherung Ausgaben in Höhe von 84,5 Mrd. Euro. Verglichen mit den Ausgaben des entsprechenden Vorjahreszeitraums entspricht dies einer Steigerung um 6,1%. Begründet ist diese Entwicklung durch den Anstieg der Ausgaben für die Leistungen der Krankenversicherung um 5,9% auf 79,3 Mrd. Euro. Deutliche Zuwächse sind hierbei insbesondere bei den Ausgaben für ärztliche Behandlungen (+7,4% auf 13,8 Mrd. Euro) sowie für die Krankenhausbehandlung (+5,6% auf 27,4 Mrd. Euro) zu verzeichnen. Ebenfalls gestiegen sind die Aufwendungen für Arznei-, Verband- und Hilfsmittel aus Apotheken (+4,8% auf 15,1 Mrd. Euro), Heil- und Hilfsmittel (+4,3% auf 4,5 Mrd. Euro) und zahnärztliche Behandlungen einschließlich Zahnersatz (+4,0% auf 5,7 Mrd. Euro). Die genannten Aufwendungen werden in der Finanzstatistik als laufender Sachaufwand ausgewiesen. Die Ausgaben für Krankengeld (in Tabelle 2 unter „Soziale u. ä. Leistungen“ nachgewiesen) beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 3,6 Mrd. Euro, das waren 9,6% mehr als im ersten Halbjahr 2008.

Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung, die überwiegend aus Zuweisungen des zum 1. Januar 2009 eingeführten Gesundheitsfonds bestehen, sind im ersten Halbjahr 2009 um 8,8% auf 85,7 Mrd. Euro gestiegen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung insbesondere auf die ebenfalls zu Jahresbeginn gültige Festsetzung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung auf einheitlich 15,5%. Darüber hinaus war maßgeblich, dass der Fonds von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch machte, monatliche Bundeszuschussraten vorzuziehen.

Während die gesetzliche Krankenversicherung im ersten Halbjahr 2008 noch ein Defizit von 1,0 Mrd. Euro auswies, ergibt sich für das erste Halbjahr 2009 aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ein Finanzierungsüberschuss in Höhe von 1,2 Mrd. Euro.

Gesetzliche Rentenversicherung

Nahezu die Hälfte der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung entfallen auf die gesetzliche Rentenversicherung. Dort standen im ersten Halbjahr 2009 den Ausgaben in Höhe von 120,1 Mrd. Euro Einnahmen in Höhe von 119,3 Mrd. Euro gegenüber. Daraus errechnete sich ein Finanzierungs-

defizit von 0,8 Mrd. Euro, während im ersten Halbjahr 2008 ein geringer Finanzierungsüberschuss von 0,1 Mrd. Euro erreicht worden war. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 stiegen die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung um 1,8%, die Einnahmen um 1,1%, darunter die Einnahmen aus Beiträgen um 1,3% auf 82,0 Mrd. Euro.

Bundesagentur für Arbeit

Die Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit summieren sich im ersten Halbjahr 2009 auf 22,8 Mrd. Euro und übertrafen damit den Vergleichswert des Vorjahres um 3,7 Mrd. Euro. Dieser kräftige Anstieg der Ausgaben um 19,2% resultierte insbesondere aus der erheblichen Steigerung der Leistungen bei konjunktureller Kurzarbeit. Aufgrund der beschlossenen Maßnahmen zum Erhalt der Beschäftigung sowie zur Vermeidung von Entlassungen im Rahmen des Konjunkturpakets II stieg das konjunkturelle Kurzarbeitergeld gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um das 26-Fache auf 1,2 Mrd. Euro. Zudem erstattete die Bundesagentur für Arbeit den Arbeitgebern erstmals anteilig die auf Kurzarbeit entfallenden Beiträge zur Sozialversicherung in Höhe von 0,4 Mrd. Euro.⁵⁾ Auch beim Arbeitslosengeld (in Tabelle 2 unter „Soziale u. ä. Leistungen“ nachgewiesen) war eine deutliche Zunahme um 12,9% auf 8,7 Mrd. Euro zu verzeichnen.

Die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 12,8 Mrd. Euro. Insgesamt wurden somit 5,6 Mrd. Euro weniger Einnahmen als im entsprechenden Vorjahreszeitraum erzielt (-30,6%). Ein Grund für die deutlich rückläufigen Einnahmen ist die Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung von 3,3 auf 2,8% zum 1. Januar 2009, wodurch die Beitragseinnahmen um 15,6% auf 11,1 Mrd. Euro zurückgingen. Darüber hinaus fielen die Einnahmen aufgrund der Verlagerung der Fälligkeit für die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung im ersten Halbjahr 2009 um rund 3,9 Mrd. Euro geringer aus als im ersten Halbjahr 2008.⁶⁾

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergab sich für die Bundesagentur für Arbeit im ersten Halbjahr 2009 ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 10,0 Mrd. Euro (1. Hj 2008: 0,7 Mrd. Euro).

Gesetzliche Pflegeversicherung

Die Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung lagen im ersten Halbjahr 2009 mit 9,9 Mrd. Euro um 6,0% über denen im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Aufgrund der Erhöhung des Beitragssatzes von 1,7% auf 1,95% (für Kinderlose von 1,95% auf 2,20%) zum 1. Juli 2008, erhöhten sich die Einnahmen um 15,2% auf 10,4 Mrd. Euro. Die gesetzliche Pflegeversicherung wies damit im ersten Halbjahr 2009 einen Finanzierungsüberschuss von 0,4 Mrd. Euro auf, nach einem Finanzierungsdefizit von 0,4 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2008.

⁵⁾ Befristet bis 2010 erstattet die Bundesagentur für Arbeit den Arbeitgebern die Hälfte der Beiträge zur Sozialversicherung, die auf Kurzarbeit entfallen. Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die während der Kurzarbeit an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, können die Beiträge für diese Zeit vollständig übernommen werden.

⁶⁾ Siehe hierzu auch das Kapitel „Bund“.

EU-Anteile

Die Ausgaben und Einnahmen der deutschen Finanzanteile an der Europäischen Union (EU-Anteile) summierten sich im ersten Halbjahr 2009 auf 9,0 Mrd. Euro. Gegenüber dem Wert des ersten Halbjahres 2008 von 12,5 Mrd. Euro entspricht dies einem Rückgang um 28,0%.

Auf der Ausgabenseite handelt es sich um die Marktordnungsleistungen sowie den Saldo zwischen den EU-Ausgaben für Deutschland und den der EU zustehenden Einnahmen aus Deutschland, der finanzstatistisch als Zuschuss an das Ausland nachgewiesen wird. Auf der Einnahmenseite handelt es sich um die der Europäischen Union zustehenden Einnahmen aus Zöllen, Agrarabschöpfungen, die Mehrwertsteuer-Eigenmittel und die auf Basis des deutschen Bruttonationaleinkommens ermittelten Eigenmittel.

Länder

Die Ausgaben der Länder beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 147,6 Mrd. Euro, sie lagen damit um 9,2% über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Die Ausgaben der Flächenländer summierten sich auf 131,3 Mrd. Euro (+10,6%), die der Stadtstaaten auf 18,1 Mrd. Euro (-0,3%). Auf die Kernhaushalte der Länder insgesamt entfielen Ausgaben in Höhe von 143,8 Mrd. Euro (+7,2%). Durch die Wahrnehmung besonders personalintensiver Aufgaben, wie etwa im Bereich der Bildung oder der öffentlichen Sicherheit, stellen die Personalausgaben die größte Ausgabenposition der Länder dar. Gemessen an den Gesamtausgaben der Länder belief sich der Anteil der Personalausgaben im ersten Halbjahr 2009 auf 36,9%. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2008 stiegen die Personalausgaben um 3,6% auf 54,4 Mrd. Euro. Die hierin enthaltenen Versorgungsbezüge erreichten ein Ausgabenvolumen von 10,8 Mrd. Euro (+5,9%).

Der laufende Sachaufwand betrug im ersten Halbjahr 2009 14,0 Mrd. Euro, er übertraf damit den Vergleichswert des ersten Halbjahres 2008 um 7,0%. Mit 12,7 Mrd. Euro fielen die Zinsausgaben um 2,6% unter das Vorjahresniveau.

Die laufenden Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den öffentlichen Bereich summierten sich im ersten Halbjahr 2009 auf 38,4 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anstieg um 4,5% gegenüber dem ersten Halbjahr 2008. Bei nahezu der Hälfte dieser Zuweisungen handelt es sich um allgemeine Finanzausweisungen an Gemeinden/Gemeindeverbände im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in den Ländern; sie sind im ersten Halbjahr 2009 um 3,2% auf 17,7 Mrd. Euro gestiegen. Hierin enthalten ist unter anderem die an die Gemeinden weiterzuleitende Beteiligung des Bundes an den kommunalen Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV). Die Zahlungen im Finanzausgleich der Länder untereinander, mit deren

Hilfe die sich aus der Steuerverteilung ergebenden Finanzkraftunterschiede zwischen den Ländern ausgeglichen werden sollen⁷⁾, erhöhten sich im ersten Halbjahr 2009 geringfügig um 1,2% auf 3,9 Mrd. Euro. Unter den laufenden Zuschüssen (einschließlich Schuldendiensthilfen) an den nicht öffentlichen Bereich (= sonstigen Bereich) in Höhe von 17,2 Mrd. Euro dominierten die Zuschüsse an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen. Der Zuwachs um 6,2% deutet unter anderem auf vermehrte Ausgliederungen im ersten Halbjahr 2009 hin.

Die Ausgaben der Länder für Sachinvestitionen betragen im ersten Halbjahr 2009 2,9 Mrd. Euro; sie lagen damit um 29,4% über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Während die hierin enthaltenen Ausgaben für Baumaßnahmen um 2,5% auf 1,5 Mrd. Euro zurückgingen, erhöhten sich die Ausgaben für sonstige Sachinvestitionen (in Tabelle 2 unter „Erwerb von Sachvermögen“ nachgewiesen) um 0,7 Mrd. auf 0,8 Mrd. Euro.

Der kräftige Anstieg der Ausgaben der Länder für den Erwerb von Beteiligungen von 0,5 Mrd. auf 7,2 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2009 ist insbesondere auf die Kapitalzuführungen des Freistaates Bayern an die Bayerische Landesbank zurückzuführen.⁸⁾

Die Einnahmen der Länder beliefen sich im ersten Halbjahr 2009 auf 132,5 Mrd. Euro. Damit lagen die Einnahmen um 4,6% unter dem Wert des ersten Halbjahres 2008. Die Einnahmen der Flächenländer verringerten sich um 3,2% auf 118,2 Mrd. Euro, die der Stadtstaaten kräftig um 13,0% auf 16,2 Mrd. Euro. Auf die Kernhaushalte der Länder insgesamt entfielen Einnahmen in Höhe von 128,3 Mrd. Euro (-6,4%).

Der Einnahmerückgang war im Wesentlichen auf die Entwicklung der Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die mit 98,0 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2009 nahezu drei Viertel der Gesamteinnahmen ausmachten, zurückzuführen. Gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 sanken die Steuereinnahmen um 6,0% als Folge der konjunkturellen Abschwächung sowie der Maßnahmen zur steuerlichen Entlastung. Mit Ausnahme der Umsatzsteuer, bei der die Einnahmen im ersten Halbjahr 2009 mit 38,6 Mrd. Euro (+2,8%) über dem Niveau des Vorjahreszeitraumes lagen, entwickelten sich die übrigen Steuerarten rückläufig: Die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die sich mit 40,8 Mrd. Euro zur größten Einnahmenposition der Länder summierten, sanken deutlich um 11,4% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Einnahmen aus Landessteuern⁹⁾ gingen ebenfalls kräftig um 10,7% auf 10,5 Mrd. Euro, die Einnahmen aus Gemeindesteuern der Stadtstaaten um 9,8% auf 3,2 Mrd. Euro zurück.

Die Einnahmen der Länder aus wirtschaftlicher Tätigkeit sanken gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um 7,4% auf 2,5 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2009. Deutlich sanken die

7) Siehe hierzu auch Dietz, O.: „Finanzausgleich Bund – Länder“ in WiSta 5/2000, S. 351 ff.

8) Diese Transaktionen werden im Freistaat Bayern über den Staatshaushalt abgewickelt. Entsprechende Transaktionen der anderen Länder außerhalb der Landeshaushalte sind bisher nur zum Teil statistisch als Extrahaushalte erfasst.

9) Zu den Landessteuern zählen unter anderem die Vermögensteuer, die Erbschaftsteuer, die Grunderwerbsteuer, die Kraftfahrzeugsteuer, die Rennwett- und Lotteriesteuer, die Feuerschutzsteuer sowie die Biersteuer.

Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen; mit 0,1 Mrd. Euro lagen sie um 0,7 Mrd. Euro unter dem Vergleichswert des ersten Halbjahres 2008.

Die laufenden Zuweisungen der Länder (einschließlich Schuldendiensthilfen) vom öffentlichen Bereich betragen 25,5 Mrd. Euro und lagen damit um 3,1 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Dabei beliefen sich die Bundeszuweisungen im ersten Halbjahr 2009 auf 14,1 Mrd. Euro, 1,7 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Aus der Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergab sich für die Länder im ersten Halbjahr 2009 ein Finanzierungsdefizit (einschließlich haushaltstechnischer Verrechnungen) von 15,1 Mrd. Euro. Im ersten Halbjahr 2008 hatten die Länder hingegen noch einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 3,8 Mrd. Euro erzielt.

Anders als im ersten Halbjahr 2008 nahmen die Länder mehr Schulden auf, als sie tilgten. Die Schuldenaufnahme im ersten Halbjahr 2009 betrug brutto 48,8 Mrd. Euro und lag damit um 18,7 Mrd. Euro (+ 62,2 %) über dem Vergleichswert des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Die Schuldentilgung stieg um 4,7 Mrd. Euro (+ 11,2 %) auf 47,1 Mrd. Euro.

Die Länder wiesen zum 30. Juni 2009 Kreditmarktschulden in Höhe von 498,6 Mrd. Euro aus, 3,5 % mehr als zum 31. Dezember 2008. Das Volumen der Kassenverstärkungskredite reduzierte sich hingegen deutlich. Lagen die Kassenverstärkungskredite zum 31. Dezember 2008 noch bei 3,2 Mrd. Euro, beliefen sie sich zum 30. Juni 2009 auf 2,4 Mrd. Euro (- 25,7 %).

Kommunale Haushalte

Die Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) gaben in den ersten sechs Monaten 2009 insgesamt 81,2 Mrd. Euro aus, was einem Zuwachs von 5,1 % gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 entspricht (siehe Tabelle 3). Die Personalausgaben stiegen um 6,2 % auf 20,7 Mrd. Euro. In den neuen Ländern lag der Zuwachs der Personalausgaben mit 8,8 % höher als im früheren Bundesgebiet (+ 5,7 %). Die kommunalen Ausgaben für den laufenden Sachaufwand (Bauunterhaltung, Ausrüstungsgegenstände, Mieten und Pachten) stiegen gegenüber dem ersten Halbjahr 2008 um 4,9 % auf 17,3 Mrd. Euro. Gemäßigt war die Zunahme bei den Ausgaben der Kommunen für soziale Leistungen, sie stiegen um 2,4 % auf 19,6 Mrd. Euro. Von den Sozialausgaben entfielen 5,8 Mrd. Euro auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, davon 5,6 Mrd. Euro auf die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung. Dem standen Erstattungen des Bundes sowie Leistungen der Länder aus Wohngeld-einsparungen und für den Ausgleich strukturell bedingter Arbeitslosigkeit in Höhe von 2,4 Mrd. Euro gegenüber. Für Sozialhilfe haben die Kommunen im ersten Halbjahr 2009 9,3 Mrd. Euro (+ 2,2 %) ausgegeben, davon 2,4 Mrd. Euro (+ 9,9 %) für Sozialhilfe außerhalb von Einrichtungen.

Die Aufwendungen für Sachinvestitionen gingen um 2,3 % auf 7,8 Mrd. Euro zurück, wobei die kommunalen Baumaßnahmen von 5,9 Mrd. Euro auf 5,7 Mrd. Euro und damit

Tabelle 3: Ausgaben, Einnahmen und Schulden der kommunalen Haushalte

Ausgaben ¹ /Einnahmen ¹ / Schulden	1. Hj 2009	1. Hj 2008	Veränderung
	Mill. EUR		%
Ausgaben	81 167	77 194	+ 5,1
darunter:			
Personalausgaben	20 653	19 447	+ 6,2
Laufender Sachaufwand	17 270	16 465	+ 4,9
Zinsausgaben	2 030	2 312	- 12,2
Laufende Zuweisungen an öffentlichen Bereich ²)	20 903	19 523	+ 7,1
Soziale u. ä. Leistungen	19 596	19 128	+ 2,4
Sachinvestitionen	7 805	7 990	- 2,3
Baumaßnahmen	5 686	5 925	- 4,0
Erwerb von Sachvermögen	2 119	2 066	+ 2,6
Darlehensgewährungen	368	188	+ 95,7
Erwerb von Beteiligungen	1 499	359	+ 317,5
Einnahmen	76 954	80 057	- 3,9
darunter:			
Steuern und steuerähnliche Abgaben	27 544	30 283	- 9,0
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	3 542	3 730	- 5,0
Laufende Zuweisungen vom öffentlichen Bereich ²)	44 680	42 729	+ 4,6
Gebühren u. ä. Entgelte	7 556	7 619	- 0,8
Veräußerung von Beteiligungen ..	304	272	+ 11,8
Finanzierungssaldo ³)	- 4 213	2 864	X
Nettokreditaufnahme/-tilgung	- 1 224	- 1 783	X
Schuldenaufnahme	2 836	2 586	+ 9,7
Schuldentilgung	4 060	4 369	- 7,1
Stand der Schulden am 30. Juni			
Kreditmarktschulden	74 795	77 439	- 3,4
Kassenverstärkungskredite ⁴)	32 638	29 022	+ 12,5

1) Bereinigte Ausgaben/Einnahmen. – 2) Einschl. Schuldendiensthilfen. – 3) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen. – 4) Zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe.

überdurchschnittlich (- 4,0 %) abnahmen. Einen kräftigen Rückgang um 12,2 % verzeichneten die Zinsausgaben (von 2,3 Mrd. auf 2,0 Mrd. Euro).

Die kommunalen Einnahmen insgesamt verringerten sich im Berichtszeitraum um 3,9 % auf 77,0 Mrd. Euro (siehe Tabelle 3). Dies lag insbesondere an einem kräftigen Rückgang der Steuereinnahmen der Gemeinden um 9,0 % auf 27,5 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich nahmen die Steuereinnahmen bei den Gemeinden des früheren Bundesgebietes um 9,4 % ab, bei den Kommunen der neuen Länder verminderten sie sich um 5,9 %. Zur Abnahme der Steuereinnahmen insgesamt trug vor allem das stark rückläufige Aufkommen der Gewerbesteuer bei. Die kommunalen Einnahmen aus der Gewerbesteuer lagen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage (netto) um 14,9 % unter dem Vorjahresniveau; sie beliefen sich auf 14,9 Mrd. Euro. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wies ein Minus von 2,6 % auf und verzeichnete 6,5 Mrd. Euro. Die Grundsteuereinnahmen lagen mit 4,8 Mrd. Euro leicht über dem Betrag des entsprechenden Vorjahreszeitraums.

Sowohl die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (- 5,0 % auf 3,5 Mrd. Euro) als auch die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnlichen Entgelten (- 0,8 % auf 7,6 Mrd. Euro) waren ebenfalls rückläufig. Die Einnahmen aus den von den Ländern im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs gezahlten Schlüs-

selzuweisungen erreichten 14,3 Mrd. Euro. Sie lagen damit leicht (-0,3%) unter dem entsprechenden Vorjahresbeitrag. Erheblich stärker gingen die Einnahmen aus investiven Zuweisungen der Länder mit 10,5% zurück; sie betragen 2,8 Mrd. Euro.

Aus der Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen errechnet sich für das erste Halbjahr 2009 ein kommunales Finanzierungsdefizit in Höhe von 4,2 Mrd. Euro. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2008 hatte sich noch ein Plus von 2,9 Mrd. Euro ergeben.

Trotz der schwierigen Finanzentwicklung konnten die Kommunen insgesamt per saldo 1,2 Mrd. Euro Schulden am Kreditmarkt tilgen (Nettotilgung). Dadurch reduzierte sich der Schuldenstand der Gemeinden und Gemeindeverbände im ersten Halbjahr 2009 auf 74,8 Mrd. Euro, nach 76,5 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2008. Andererseits nahmen die Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt zur Überbrückung vorübergehender Liquiditätsengpässe weiter kurzfristige Kassenkredite in Anspruch, der Stand dieser kurzfristigen Verbindlichkeiten erreichte zur Jahresmitte 2009 eine Höhe von 32,6 Mrd. Euro (31. Dezember 2008: 29,7 Mrd. Euro).

Mit Beginn des Jahres 2009 haben sich die negativen Auswirkungen der sukzessiven Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts auf Liefertermine und Qualität der finanzstatistischen Ergebnisse noch verstärkt. Die Umstellung zahlreicher Gemeinden und Gemeindeverbände auf das doppelte Rechnungswesen hat zu Verzögerungen bei den Datenlieferungen und zu Vergleichsstörungen bzw. Einschränkungen der Aussagefähigkeit der Ergebnisse geführt. Die Gründe hierfür liegen insbesondere in ungeklärten Zuordnungsfragen und Problemen bei der Softwareeinführung bis hin zum Ausfall kompletter Berichtseinheiten. Die statistischen Ämter sind intensiv bemüht, eine Verbesserung der Datenqualität zu erreichen; infolge der sukzessiven Umstellung auf das neue Rechnungswesen wird sich dieser Prozess aber noch über eine längere Zeit erstrecken. [uu](#)

Auszug aus Wirtschaft und Statistik

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2009

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 2086
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: +49 (0) 70 71/93 53 50
Telefax: +49 (0) 70 71/93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Erscheinungsfolge: monatlich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11/75 24 05
- Telefax: +49 (0) 6 11/75 33 30
- www.destatis.de/kontakt